



TRANSFORMATION DER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT BEGLEITEN – AGRARDIESELBEIHILFE UND KFZ-STEUERBEFREIUNG ERHALTEN!

Die Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg stellt fest:

- Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung die wichtigen Projekte des Klimatransformationsfonds weiterhin umsetzen will und dafür einen Kompromiss eingegangen ist, auch wenn dieser in vielen Bereichen zu schmerzhaften Einsparungen führt.
- Wir wollen die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe auf ihrem Weg hin zu mehr Klimaschutz und Naturschutz unterstützen und stehen an ihrer Seite. Der Strategiedialog Landwirtschaft der baden-württembergischen Landesregierung unterstreicht und fördert diese Bemühungen.
- Unsere Betriebe sind bundesweit Schlusslicht beim Betriebseinkommen, aber meist sehr engagiert im Naturschutz. Viele Betriebe kämpfen um die Wirtschaftlichkeit der Produktion, um Nachfolger*innen und um Akzeptanz, besonders dramatisch ist die Situation aktuell im Obst- und Weinbau.
- Durch die Streichung der Beihilfen verlieren unsere 27.000 Nebenerwerbsbetriebe jährlich 1500 bis 2500 €, die Haupterwerbsbetriebe 2500 bis 4500 €. Die Beihilfen sind direkt einkommenswirksam und machen in vielen Haupterwerbsbetrieben ein Monatseinkommen aus.
- Die bäuerlichen Betriebe sind derzeit nicht in der Lage, die gewünschten gesellschaftlichen Leistungen oder den Waldumbau über höhere Erlöse zu finanzieren. Sie sind auf öffentliche Unterstützung angewiesen. So hängen der Erfolg bei der Umsetzung unseres Biodiversitätsstärkungsgesetzes, bei der Pflege unserer Kulturlandschaft, beim Umbau der Tierhaltung und bei den Bemühungen um mehr Innovation für eine Transformation der Land- und Forstwirtschaft von öffentlichen Mitteln und wirtschaftlich gesunden Betrieben ab.
- Nachvollziehbare, steigende gesellschaftliche Anforderungen an die Land- und Forstwirtschaft wie hohe Tierwohl- und Umweltstandards und mehr Rückzugsflächen für die Natur stellen finanzielle Herausforderungen für unsere Höfe dar. Die aktuelle Kürzung der Diesel- und Kfz-Beihilfen ohne Ausgleich an anderer Stelle bringt das Fass vielerorts zum Überlaufen.

- Die geplante Abschaffung der KfZ-Steuerbefreiung betrifft tausende Bewirtschafter*innen von Streuobstbeständen. Wir unterstützen die Steuerbefreiung („grüne KfZ-Kennzeichen“) gerade für diese Nebenerwerbs- und Hobbybetriebe als wichtigen Beitrag zur Erhaltung unserer vielfältigen Kulturlandschaft in Baden-Württemberg.
- Wir unterstützen es, klimaschädliche Subventionen auf den Prüfstand zu stellen. Allerdings bringt diese Maßnahme dem Klimaschutz wenig. Es gibt aufgrund der notwendigen Zugkraft von Traktoren absehbar keine vergleichbaren E-Alternativen. Ähnlich verhält es sich für andere Antriebsformen.
- Viele andere EU-Länder gewähren die Steuerbefreiung (Beispiel Frankreich, Niederlande, Spanien). Ein Ausstieg Deutschlands führt zu massiven Wettbewerbsnachteilen unserer Lebensmittelproduktion im Binnenmarkt und darüber hinaus. Die Verlagerung der Produktion in andere Mitgliedsstaaten und die Aufgabe bäuerlicher Betriebe, gerade kleiner und mittlerer Familienbetriebe, ist die Folge.
- Die Verringerung des Einsatzes von Pestiziden geht nur mit mehr mechanischer Beikrautregulierung, also mehr Bodenbearbeitung. Der Verbrauch von Diesel ist also gerade im Ökolandbau bzw. bei umweltfreundlichen Bewirtschaftungsmethoden wie der Verzicht auf Glyphosat deutlich höher. Damit werden durch die Streichung der Beihilfe gerade diese Betriebe im Vergleich massiv stärker belastet.

Zusammengefasst bringt die Streichung der Beihilfen viele Betriebe in eine existenzbedrohende Situation gerade bei uns im Südwesten. Sie konterkariert unsere Bemühungen um eine ökologische und an Natur- und Klimaschutz ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft.

Vor diesem Hintergrund unterstützt die Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir in seinen Bemühungen, die Abschaffung von der Agrardieselbeihilfe und der KfZ-Steuerbefreiung für die Land- und Forstwirtschaft zu verhindern. Sie fordert die Koalitionsspitzen zu Nachbesserungen und zur Prüfung von Alternativen auf.

Hintergrund

- *Die Bundesregierung plant, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung die Agrardieselbeihilfe (derzeit 21,48 Cent/l, Umfang 440 Mio €/Jahr bundesweit) sowie die KfZ-Steuerbefreiung für Land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge (480 Mio. bundesweit) zu streichen.*
- *Nebenerwerbsbetriebe in BW (rund 27.000) verlieren durch die Streichungen 1500 bis 2500 €/Jahr, Haupterwerbsbetriebe (rund 14.700) 2500-4500 €. Sie sind einkommenswirksam und machen in vielen Betrieben ein Monatseinkommen aus.*
- *Zwar verzeichneten landwirtschaftliche Betriebe letztes Jahr eine verbesserte Einkommenssituation (abgesehen von Obst- und Weinbaubetrieben) - dieses Jahr sieht es aber voraussichtlich leider ganz anders aus.*